

NACHRICHTEN

Untersuchung neuer Gräber

DEN HAAG/BERN: Ermittler des UNO-Kriegsverbrechertribunals in Den Haag beginnen nächste Woche wieder mit der Untersuchung von Massengräbern im Kosovo. Nach der witterungsbedingten Unterbrechung im Winter hofft das Tribunal die forensische Untersuchung von etwa 300 mutmasslichen Tatorten im Kosovo in den nächsten vier Monaten abschliessen zu können. Bisher wurden 2108 Leichen geborgen. Von Mai an werden die Tribunalmitarbeiter wie im Sommer vorigen Jahres wieder von Expertengruppen aus mehreren Ländern unterstützt, teilte ein Sprecher des Gerichtshofs am Mittwoch in Den Haag mit. Auch die Schweiz wurde erneut von der UNO um Unterstützung gebeten. Die Anfrage werde zurzeit geprüft, sagte eine Sprecherin des Bundesamtes für Polizeiwesen (BAP). Im vergangenen Jahr hatten zwei Gruppen von vier respektive 13 Schweizer Polizisten an den Ermittlungen mitgeholfen.

Proteste gegen regionale Schulpolitik



BERLIN: Mit Streiks und Demonstrationen haben am Mittwoch in Berlin 50 000 Lehrer, Schüler und Eltern gegen die Bildungspolitik der regionalen Regierung demonstriert. Nach Angaben der Lehrgewerkschaft legten 10 000 Pädagogen vorübergehend die Arbeit nieder. An den Protesten, deren Höhepunkt eine zentrale Kundgebung vor dem Brandenburger Tor war, beteiligten sich zudem Zehntausende Schüler und Eltern. Der Protest richtete sich vor allem gegen die Einführung einer zusätzlichen unbezahlten Unterrichtsstunde pro Woche ab dem nächsten Schuljahr. Ausserdem forderten die Pädagogen die Neueinstellung junger Kollegen. Nach Ansicht der Gewerkschaft fehlen in Berlin rund 1800 Lehrer.

Zur Arbeit verpflichtet

WIEN: In Österreich werden Langzeitarbeitslose zur Arbeit verpflichtet. Das hat die Regierung beschlossen, berichtete der öffentlich-rechtliche Rundfunk (ORF) am Mittwoch in Wien. Demnach müssen rund 1000 Betroffene vom 1. Juni an beispielsweise in der Denkmalpflege oder bei der Strassenreinigung arbeiten. Sie bekommen dafür als Minimum ein so genanntes Bürgergeld von 8240 Schilling (rund 970 Franken). Wer eine zumutbare Arbeit ablehnt, muss acht Wochen auf die Arbeitslosenhilfe verzichten.

Gipfeltreffen beendet

Clinton nach Treffen mit Barak: Zuversicht über Friedensprozess

WASHINGTON: US-Präsident Clinton ist nach einem Treffen mit Israels Ministerpräsidenten Barak zuversichtlich, dass der Nahost-Friedensprozess fortgesetzt werden kann. Derweil sorgen in Israel Bauaktivitäten jüdischer Siedler für Spannungen.

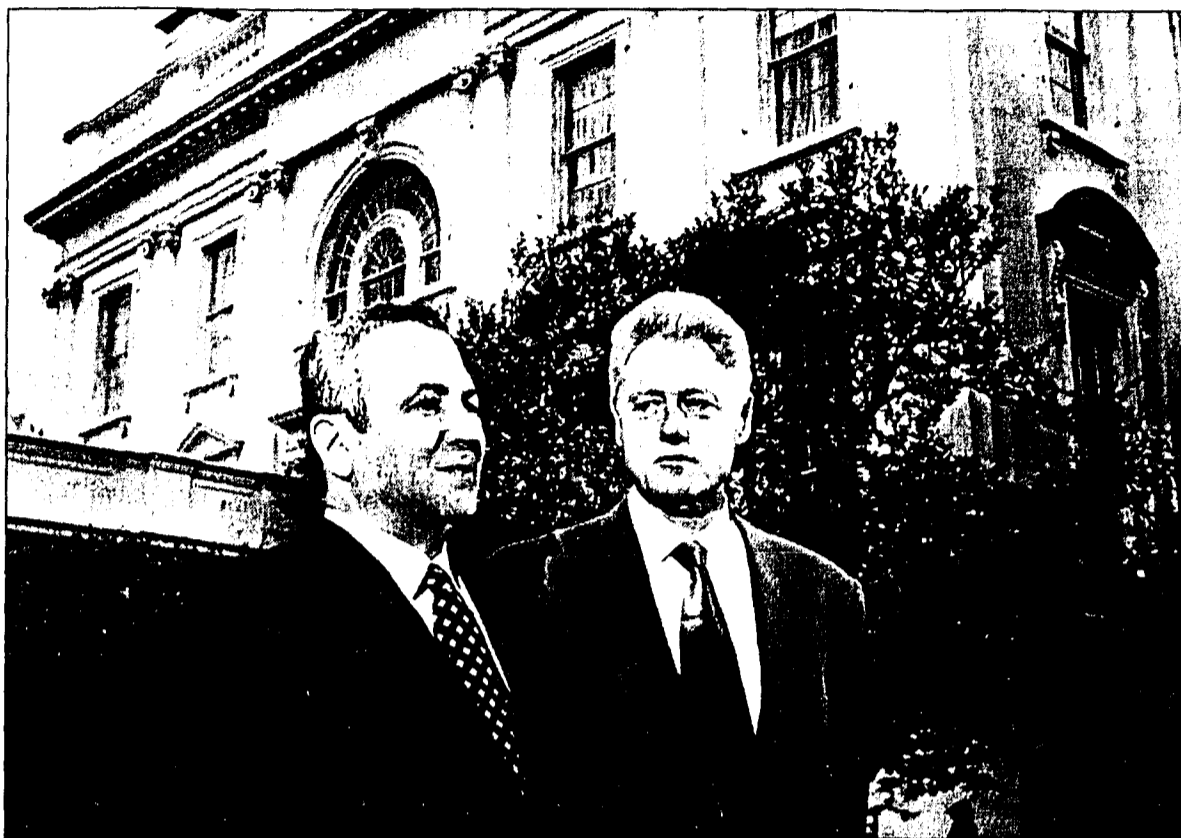
In der Nacht zum Mittwoch traf Bill Clinton in Washington mit Israels Ministerpräsident Ehud Barak zusammen. Nach der Unterredung sagte ein US-Regierungssprecher, Clinton und Barak hätten die meiste Zeit über die Verhandlungen Israels mit den Palästinensern gesprochen, aber auch über Syrien und Libanon.

Barak sagte, es gebe eine ganze Reihe neuer Ideen, um die Verhandlungen mit den Palästinensern voranzubringen. Unterhändler beider Seiten beraten derzeit in Washington über das Grundsatzabkommen, das bis zum 13. Mai unterzeichnet werden soll.

Möglicher Dreiergipfel im Mai

Nach israelischen Medienberichten soll Clinton ein Spitzentreffen mit Barak und Palästinenser-Präsident Jassir Arafat im Mai vorgeschlagen haben. Dafür gab es jedoch keine Bestätigung.

Barak soll in Washington einen Grundsatzplan für die Gründung eines palästinensischen Staates auf 60 Prozent des Territoriums des Westjordanlandes vorgestellt haben. Das hatte die israelische Zeitung «Maariv» am Dienstag berichtet. Die Palästinenser fordern 90 Prozent. Am Donnerstag kommender



In der Nacht zum Mittwoch traf Bill Clinton (rechts) mit Israels Ministerpräsident Ehud Barak zusammen.

Woche wird nun Palästinenserpräsident Yassir Arafat in Washington zu einer Unterredung erwartet.

Erneute Provokationen

Unmittelbar nach dem Treffen von Clinton und Barak haben radikale Juden mit der Vergrößerung einer Siedlung im Westjordanland begonnen. Mit dem Beginn der Arbeiten provozierten die radikalen Siedler die israelische Regierung und die Palästinenser zum zweiten Mal binnen 24 Stunden.

Palästinensische Parlamentarier haben am Mittwoch angesichts neuer jüdischer Bauaktivitäten im

Westjordanland den Abbruch der Verhandlungen mit Israel gefordert.

Chinas Präsident beginnt Staatsbesuch in Israel

Unterdessen hat Chinas Präsident Jiang Zemin am Mittwoch seinen einwöchigen Nahost-Besuch in Israel begonnen. Jiang ist der erste chinesische Präsident, der Israel und die Palästinenser-Gebiete besucht.

In seinem Reisegepäck hat Jiang ein Hilfspaket für die Palästinenser im Wert von umgerechnet 5,9 Millionen Franken, sowie Gelder für

ein Spital im Gaza-Streifen und für ein Computer-Ausbildungszentrum in Jericho.

Debatte über Radartechnik für China

Der Besuch Jiangs wird von einer Debatte zwischen Israel und den USA über die Lieferung moderner Radartechnik an China begleitet. Das Geschäft betrifft Frühwarn- und Kontrollsysteme, die wie das amerikanische AWACS auf Flugzeugen installiert werden. Die USA haben wegen Chinas Drohungen gegen Taiwan Bedenken gegen die Lieferung.

Neuer Resolutionsentwurf eingereicht

UNO-Menschenrechtskommission EU-Resolution zu Tschetschenien - Unterstützung der Schweiz

GENÈVE: Die Europäische Union (EU) hat an der UNO-Menschenrechtskommission in Genf einen Resolutionsentwurf zur Situation in Tschetschenien eingereicht. Dies gab der Sprecher der Kommission, José Diaz, am Mittwoch in Genf bekannt.

Russland wird in dem Text aufgefordert, so schnell wie möglich eine unabhängige nationale Kommission zur Untersuchung der Berichte über schwere Menschenrechtsverletzungen einzurichten. Die Schweiz hatte in der Tschetschenien-

Debatte am Dienstag von Moskau eine unabhängige Untersuchungskommission mit Einschluss internationaler Experten gefordert.

Gleichzeitig brachten die USA eine Resolution zu China ein. Darin wird die grosse Sorge über andauernde Menschenrechtsverletzungen zum Ausdruck gebracht, darunter die Lage der Tibeter und die Repressionen gegen die Anhänger der Kultbewegung Falun Gong.

Die Schweiz unterzeichnet die vom EU-Vorsitz bei der UNO-Menschenrechtskommission einge-

reichte Resolution gegen Russland wegen des Tschetschenien-Kriegs. Die USA-Resolution wegen der Menschenrechte in China unterstützt der Bundesrat hingegen nicht.

Der Bundesrat bekräftigte am Mittwoch seine kritische Haltung gegenüber den Menschenrechtsverletzungen in China. Er hält aber einen kontinuierlichen Dialog mit dem Land für aussichtsreicher als Verurteilungen. Die EU nimmt die gleiche Haltung ein.

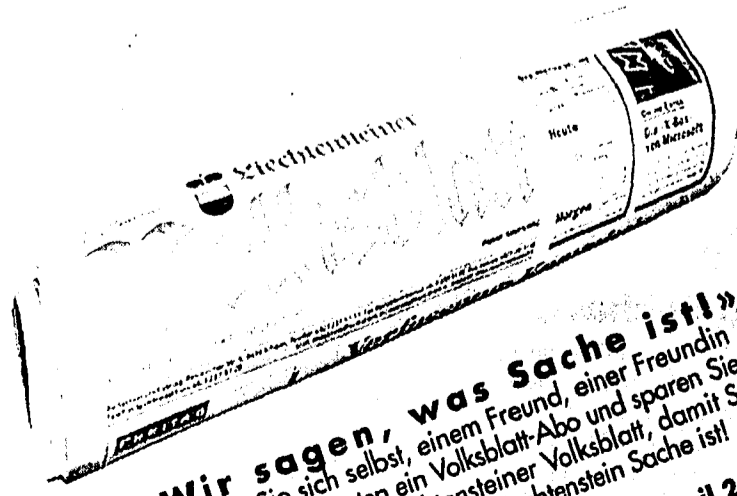
Die Resolution der USA fordert China unter anderem auf, politische

Gefangene freizulassen, religiöse Gruppen nicht zu behindern und die kulturelle Identität der Tibeter zu schützen. In den vergangenen Jahren hatte China immer eine Mehrheit der 53 Kommissionsmitglieder dazu gebracht, das Thema China von der Tagesordnung zu streichen.

Der Kommission liegen weitere Länderresolutionen - unter anderem zu Jugoslawien und Ruanda - vor. Über diese Resolutionen wird am kommenden Dienstag abgestimmt.

REKLAME

Frühlings-Abo-Aktion!



«Wir sagen, was Sache ist!»
Schenken Sie sich selbst, einem Freund, einer Freundin oder einem Bekannten ein Volksblatt-Abo und sparen Sie dabei noch Geld. Liechtensteiner Volksblatt, damit Sie immer wissen, was in Liechtenstein Sache ist!
Gültig bis 20. April 2000!

Ja, ich will wissen, was Sache ist in Liechtenstein und bestelle das Volksblatt wie folgt:

- 4 Wochen gratis
- 3-Monate-Probe-Abo zum Vorzugspreis von CHF 50.-.
- 1/2-Jahres-Abo zum Vorzugspreis von CHF 83.- (Normalpreis CHF 95.-) und spare so CHF 12.-. Als Geschenk erhalte ich zusätzlich einen Volksblatt-Family-Schirm.
- 1-Jahres-Abo zum Vorzugspreis von CHF 149.- (Normalpreis CHF 179.-) und spare so CHF 30.-. Als Geschenk erhalte ich zusätzlich einen Volksblatt-Family-Schirm.
- 2-Jahres-Abo zum Vorzugspreis von CHF 282.- (Normalpreis CHF 325.-) und spare so CHF 43.-. Als Geschenk erhalte ich zusätzlich einen Volksblatt Blumengutschein im Wert von CHF 30.-.

Und so wird es gemacht:
Talon ausschneiden und einsenden an:
Liechtensteiner Volksblatt, Abonentenservice, Feldkircher Strasse 5, 9494 Schaan, per Fax an: +423/237 51 55 oder bequem per E-Mail: abo@volksblatt.li

Adresse Abo-Besteller (Geschenkempfänger):

Name/Vorname: _____

Strasse/Nr.: _____

PLZ/Ort: _____

Telefon: _____

Datum / Unterschrift: _____

Adresse Abo-Empfänger:

Name/Vorname: _____

Strasse/Nr.: _____

PLZ/Ort: _____

Telefon: _____